



III-148 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

GZ 601.442/3-V/1/86

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

1017 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

BERCHTOLD

2429

Betrifft: Bericht über die Tätigkeit des
Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1985

I.

Ich beehre mich, in der Anlage den Tätigkeitsbericht des Verfassungsgerichtshofes für das Jahr 1985 dem Nationalrat gemäß § 21 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 vorzulegen.

Dieser Tätigkeitsbericht wurde der Bundesregierung in ihrer Sitzung am 1. Juli 1986 zur Kenntnis gebracht.

II.

Dem Bericht kann entnommen werden, daß trotz einer weiterhin steigenden Tendenz hinsichtlich der anfallenden Rechtssachen in den letzten Jahren - und vor allem im Berichtsjahr - eine sinkende Tendenz jener Fälle feststellbar ist, die zum Jahresende noch offen sind. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in den vergangenen Jahren - und vor allem im Berichtsjahr - in zunehmendem Maß eine beachtliche Steigerung der erledigten Rechtsfälle feststellbar ist. Es wird auch deutlich und kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die

- 2 -

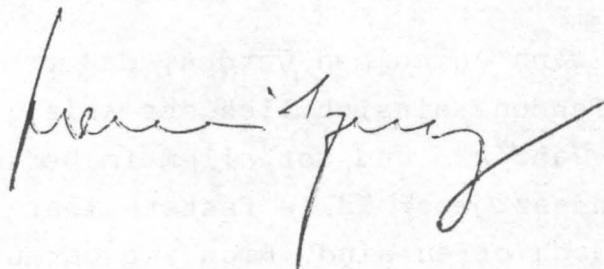
Entlastungsmaßnahmen den Erwartungen, die man in sie gesetzt hat, entsprochen haben.

Im besonderen ist hervorzuheben, daß gerade die weiter zurückliegenden, zum 1.1.1985 noch unerledigten Beschwerdefälle nach Art. 144 im Berichtsjahr stark zurückgegangen sind. Es wird daher die Auffassung des Verfassungsgerichtshofes geteilt, daß in dieser Hinsicht legislative Maßnahmen nicht erforderlich sein werden.

Die Bemerkungen des Verfassungsgerichtshofes unter Pkt. IV/1 a) und b) hat das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst zum Anlaß genommen, alle Bundesministerien und Ämter der Landesregierungen in einem Rundschreiben auf die Neugestaltung und Straffung der mündlichen Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof hinzuweisen und auch auf die Notwendigkeit einer vollständigen und umgehenden Aktenvorlage an den Verfassungsgerichtshof aufmerksam zu machen.

Abschließend ist die Hoffnung auszusprechen, daß durch Fortschritte in der EDV-Büroautomation und im Rahmen der Automation der Entscheidungsdokumentation eine wesentliche Erleichterung der Arbeit des Verfassungsgerichtshofes erzielt werden kann.

1. Juli 1986
Der Bundeskanzler:



Verfassungsgerichtshof
Judenplatz 11, 1010 Wien
GZ 2000/1-Präs/86

B E R I C H T

über die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1985

I. Geschäftsgang

1. Im Berichtsjahr 1985 ist der Verfassungsgerichtshof zu vier Sessionen (Feber/März, Juni, September/Oktober, November/Dezember) zusammengetreten. An 45 Tagen wurden insgesamt 85 öffentliche Verhandlungen durchgeführt. An 69 Halbtagen wurden nichtöffentliche Sitzungen abgehalten.

Im Berichtsjahr 1985 wurden an den Verfassungsgerichtshof 1358 neue Fälle herangetragen, 1853 Fälle konnten im gleichen Zeitraum erledigt werden. Unter Berücksichtigung der aus früheren Jahren offenen Fälle ergibt sich zum Ende des Berichtsjahres ein Stand von 948 offenen Zahlen.

Die nachstehende Übersicht veranschaulicht deutlich das Wirksamwerden der in den Jahren 1984/1985 erlassenen Novellen und sonstigen getroffenen Maßnahmen (siehe dazu im Detail die Ausführungen in Kapitel II. und III. Entlastung/Statistik):

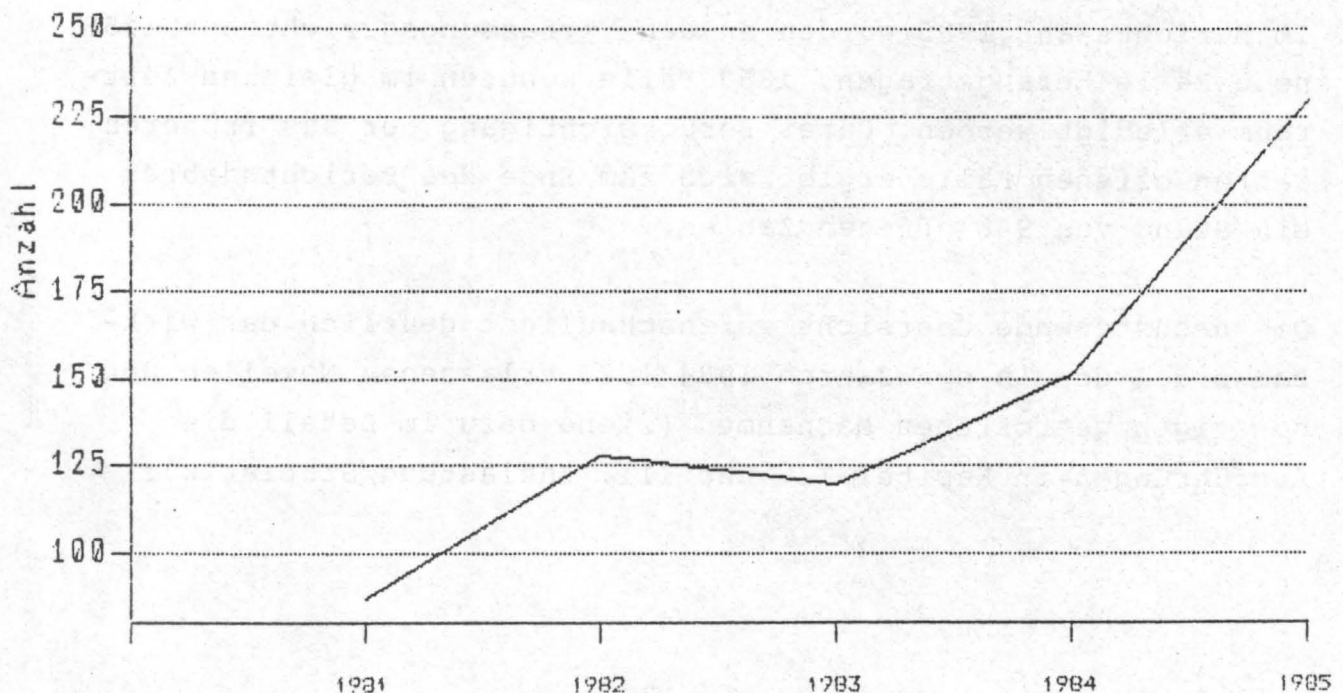
- 2 -

<u>Jahr</u>	<u>angefallen</u>	<u>erledigt</u>	<u>offen am Jahresende</u>
1981	877	694	1545
1982	859	1027	1377
1983	1022	959	1440
1984	1214	1211	1443
1985	1358	1853	948

II. Personalstand

1. Im Berichtsjahr 1985 standen dem Verfassungsgerichtshof - wie bereits seit 1981 - acht ständige Referenten zur Verfügung, deren jeder im Durchschnitt 231 Entscheidungen vorbereitet hat (1984: 151). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine durchschnittliche Erledigungssteigerung pro Referent um rund 53 %.

Graphisch dargestellt ergibt sich folgendes Bild:



- 3 -

2. Das Verwaltungspersonal des Verfassungsgerichtshofes bestand in den ersten drei Monaten des Berichtsjahres aus 53 Bediensteten. Am 1. April 1985 wurde der Personalstand durch Besetzung einer neugeschaffenen Planstelle für Jugendliche vermehrt.

Nach Besetzung von 6 neu hinzugekommenen Planstellen bestand das rechtskundige Verwaltungspersonal des Verfassungsgerichtshofes zum Ende des Berichtsjahres aus einem Präsidialvorstand und 18 wissenschaftlichen Mitarbeitern. Das im Rahmen der "Entlastungswünsche" im Jahre 1984 angestrebte Ziel, jedem der ständigen Referenten sowie dem Leiter des Evidenzbüros zwei wissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen, konnte im Berichtsjahr erreicht werden und hat auch zur Steigerung der Erledigungsquote beigetragen.

Das nicht rechtskundige Verwaltungspersonal bestand aus einem Sachbearbeiter der Verwendungsgruppe B, 23 Kanzlei- und Schreibkräften, 5 Amtswarten und 6 Bediensteten in handwerklicher Verwendung (Kraftfahrer, Drucker und Reinigungskräfte).

3. Übersicht:

Verwendungsgruppe/ Entlohnungsgruppe	1.1. - 31.12.1985		
	Beamte	VB	Summe
A/a	14	5	19
B/b	1	-	1
C/c	10	7	17
D/d	1	6	7
-/d Jgd1.	-	1*)	1
E/e	-	3	3
P3/p3	1	1	2
P5/p5	-	4	<u>4</u>
			54

*) Ab 1.4.1985.

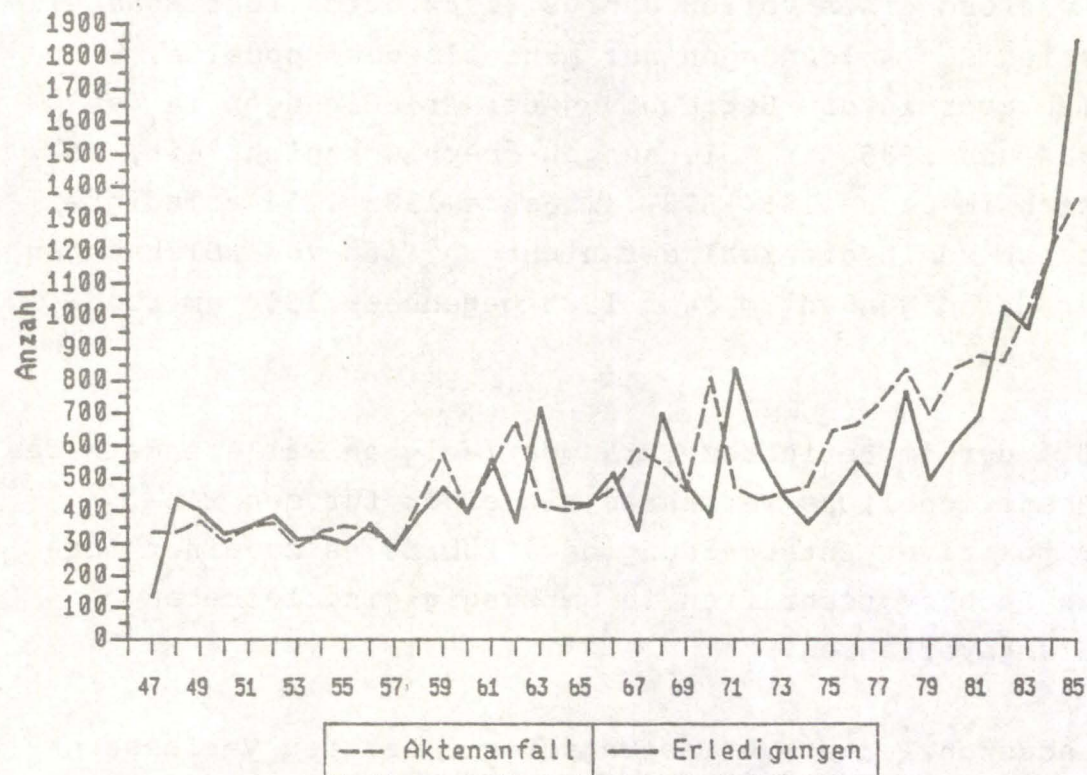
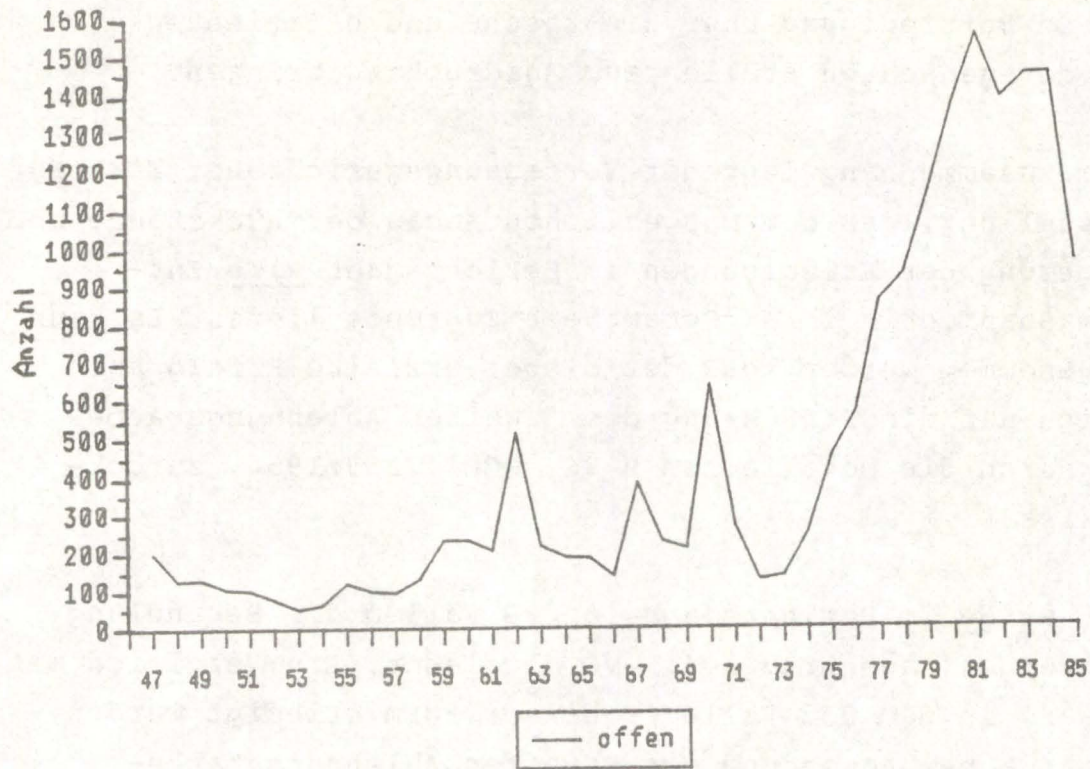
III. Entlastung/Statistik

1. Die nachfolgende Übersicht zeigt deutlich den positiven Effekt der von Parlament, Bundesregierung und den zuständigen Bundesministerien zur Entlastung des Verfassungsgerichtshofes als Reaktion auf die "Stellungnahme des Verfassungsgerichtshofes zum Problem seiner Entlastung" (Anlage zum Tätigkeitsbericht 1983) gesetzten Maßnahmen (Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz, Novelle zum Verfassungsgerichtshofgesetz, Zustimmung zur Aufnahme von Mitarbeitern über den Stellenplan der Jahre 1984 und - in geringerem Ausmaß - 1985 sowie Ankauf des Hauses Jordangasse 9).

Erstmals seit 1975 ergibt sich im Verhältnis offene/erledigte Fälle eine "positive Bilanz" (die Anzahl der erledigten Fälle übersteigt die der offenen um 905), erstmals seit 1979 liegt die Zahl der zum Ende des Berichtsjahres offenen Fälle unter 1000. Darüber hinaus ist die Anzahl der Erledigungen gegenüber dem Vorjahr um 642 Fälle oder rund 53 % angestiegen.

Die folgenden Graphiken zeigen die Entwicklung des Aktenanfalles, der Erledigungen und des Standes an offenen Zahlen zum Ende des jeweiligen Berichtsjahres über einen Zeitraum von 1947 bis 1985:

- 5 -

Entwicklung seit 1947 ^{x)}

x) Anzahl der ständigen Referenten: 1947-1948: 2; 1949-1955, 1957: 3; 1956, 1958-1970: 4; 1971-1978: 5; 1979-1980: 7; 1981-1985: 8.

- 6 -

Der Verfassungsgerichtshof nimmt diesen Bericht zum Anlaß, seine große Befriedigung über die rasche und effiziente Reaktion der genannten Stellen zum Ausdruck zu bringen.

In diesem Zusammenhang legt der Verfassungsgerichtshof Wert auf die Feststellung, daß dem maßgeblichen Abbau der Rückstände und der Steigerung der Erledigungen im Berichtsjahr alle Entlastungsmaßnahmen in ihrer Gesamtheit zugrunde liegen. Es kann nicht angenommen werden, daß der bisher erzielte Erfolg ausschließlich auf die Einführung des "zweiten Ablehnungstatbestandes" durch die Novelle zum B-VG, BGBl. 269/1984, zurückzuführen ist:

Insgesamt wurde im Berichtsjahr in 699 Fällen die Behandlung von Beschwerden nach Art. 144 B-VG abgelehnt. Ein Vergleich mit dem Vorjahr, in dem 333 Fälle in dieser Form erledigt wurden, ergibt zwar - bei Anwendung des "zweiten Ablehnungstatbestandes" während eines vollen Jahres (1984 durch fünf Monate) - einen Anstieg der Ablehnungen auf mehr als das Doppelte. Bezieht man aber in die Betrachtung der Erledigungen in den Jahren 1984 und 1985 die Ablehnungen überhaupt nicht ein, so ergeben sich im Jahre 1984 878, im Jahre 1985 1154 erledigte Fälle. Es ist somit die Zahl der nicht in Form von Ablehnungen ergangenen Erledigungen im Jahr 1985 gegenüber 1984 um rund 31 % gestiegen.

In ca. 10 % der im Berichtszeitraum erledigten Fälle endete das verfassungsgerichtliche Verfahren mit einer für den Einschreiter positiven Entscheidung bzw. führte es zu einer Aufhebung von Rechtsvorschriften in amtswegig eingeleiteten Normenprüfungsverfahren.

2. Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst hat den Verfassungsgerichtshof mit Note vom 21. Oktober 1985 darüber informiert, daß anlässlich der Beratung des Tätigkeitsberichtes des Verfas-

sungsgerichtshofes für das Jahr 1984 im Verfassungsausschuß des Nationalrates darauf hingewiesen wurde, daß noch Erledigungen von Rechtsfälle aus 1978 und den folgenden Jahren ausstehen. In derselben Weise ersuchte das Bundeskanzleramt zu prüfen, ob im Rahmen des Tätigkeitsberichtes für das Jahr 1985 die Gründe mitgeteilt werden könnten, die eine Erledigung der weit zurückliegenden Fälle bisher verhindert haben, um allenfalls legislative Maßnahmen setzen zu können.

Der Verfassungsgerichtshof nimmt dazu wie folgt Stellung: Wie aus der folgenden Übersicht ersichtlich, konnte die Anzahl der in Rede stehenden Fälle zum Ende des Berichtsjahres deutlich verringert werden.

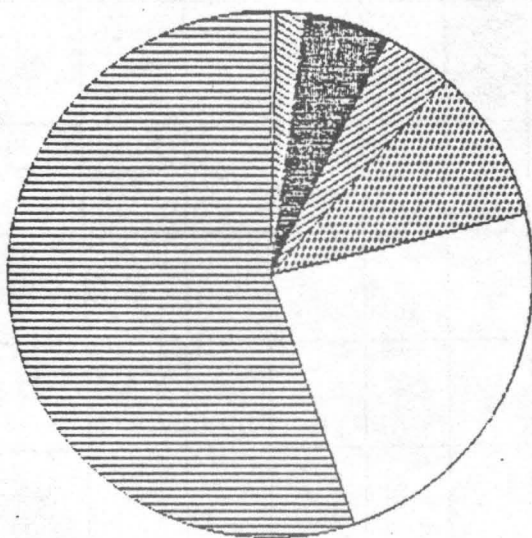
Aufgliederung der offenen Fälle zum 1.1. 1985

	Klagen nach Art. 137	Kompetenzscheidungen nach			Verordnungsprüfung nach Art. 139	Gesetzesprüfung nach Art. 140	Wahl- an- fechtung nach Art. 141	Man- dats- ver- lust	Volks- begeh- ren An- fechtung	An- klagen nach Art. 142 und 143	Be- schwer- den nach Art. 144	Zusam- men
		Art. 126a	Art. 138 Abs.1	Abs.2								
offen aus 1978	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	4
offen aus 1979	-	-	-	-	2	1	-	-	-	-	22	25
offen aus 1980	2	-	-	-	1	2	-	-	-	-	72	77
offen aus 1981	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	59	61
offen aus 1982	5	1	-	-	10	5	-	-	-	-	118	139
offen aus 1983	31	1	1	1	29	18	-	-	-	-	260	340
offen aus 1984	12	-	-	-	31	59	2	-	-	1	692	797
	50	2	-	1	73	87	2	-	-	1	1227	1443

Aufgliederung der offenen Fälle zum 31.12.1985

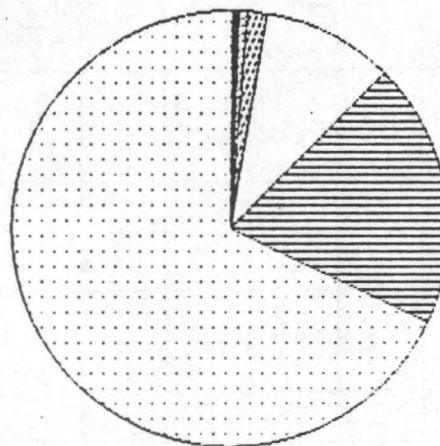
	Kla- gen nach Art. 137	Kompetenzent- scheidungen nach			Ver- ordnungs- prü- fung nach Art. 139	Ge- setz- prü- fung nach Art. 140	Wahl- an- feh- tung	Man- dats- ver- lust nach Art. 141	Volks- begeh- ren- An- feh- tung	An- kla- gen nach Art. 142 und 143	Be- schwer- den nach Art. 144	Zusam- men
		Art. 126a	Art. 138 Abs.1	Abs.2								
offen aus 1978	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
offen aus 1979	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1980	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	4
offen aus 1981	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
offen aus 1982	0	0	0	0	5	1	0	0	0	0	7	13
offen aus 1983	2	0	0	1	7	1	0	0	0	0	81	92
offen aus 1984	0	0	0	0	3	3	1	0	0	0	181	188
offen aus 1985	35	0	1	0	25	39	13	0	0	0	536	649
	35	0	1	1	40	44	14	0	0	0	808	948

1.1.1985

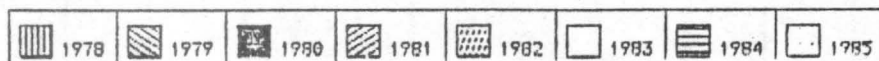


Anzahl = 1443

31.12.1985



Anzahl = 948



- 9 -

Eine Überprüfung der verbleibenden Fälle hat ergeben, daß deren Erledigung durchwegs besondere Umstände entgegenstanden, wie zum Beispiel die Abhängigkeit einer Erledigung von einer Entscheidung in einem Parallelfall, Vergleichsverhandlungen der Verfahrensparteien sowie mehrere sukzessive Normenprüfungsverfahren aus Anlaß eines bestimmten Beschwerdefalles.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß von den zum 31. Dezember 1985 als offen ausgewiesenen Fällen aus den Jahren 1978 bis 1982 zwölf weitere Fälle in der März-Session 1986 abgeschlossen werden konnten. Mit Ende dieser Session verbleiben als "Rückstände" zwei Fälle aus 1980 und vier weitere Fälle aus 1982.

Die Frage nach legislativen Maßnahmen erübrigt sich, denn es sind im Zeitpunkt der Berichterstattung aus den Jahren 1978 bis 1981 nur mehr 2 Fälle anhängig.

IV. Organisatorische Maßnahmen:

1. Im gerichtlichen Bereich:

a) Neugestaltung der öffentlichen mündlichen Verhandlung:

Mit Note vom 18. Dezember 1985 setzte der Verfassungsgerichtshof das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, die Verbindungsstelle der Bundesländer, den Österreichischen Gemeindebund, den Österreichischen Städtebund und den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag von einer beabsichtigten Änderung in der Praxis der öffentlichen mündlichen Verhandlung vor dem Gerichtshof in Kenntnis. So werden in Zukunft erforderlichenfalls bereits die Ladungen an die Parteien des Verfahrens in der Verhandlung zu erörternde Fragen enthalten; ferner wird im Ladungsformular

ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß der Inhalt der im Verfahren eingebrachten Schriftsätze den Mitgliedern des Gerichtshofes bekannt ist, worauf in den Vorträgen in der Verhandlung Bedacht genommen werden sollte. Desgleichen wird die Unzulässigkeit des Verlesens schriftlicher Aufsätze anstelle eines freien Vortrages (§ 177 Abs. 1 ZPO iVm § 35 VfGG) in Erinnerung gerufen werden.

Ziel dieser Maßnahme ist eine Straffung und ökonomische Gestaltung der mündlichen Verhandlung, da in der Vergangenheit wiederholt beobachtet wurde, daß mangelhaft vorbereitete Parteien- oder Behördenvertreter zu Verhandlungen erscheinen und häufig im Verlauf des Verfahrens eingebrachte Schriftsätze oder vorbereitete Vorträge in der Verhandlung verlesen werden.

b) Aktenvorlage:

Der Verfassungsgerichtshof nimmt diesen Bericht zum Anlaß, ein weiteres Problem aufzuzeigen: Zunehmend häufiger wird mit Befremden beobachtet, daß Aufforderungen des Gerichtshofes zur Aktenvorlage von belangten Behörden nicht nachgekommen wird oder daß bei Aktenvorlage Aktenbestandteile oder "nicht aktenmäßige" Schriftstücke von Ministerbüros nicht vorgelegt werden. Desgleichen werden Verwaltungsakten dem Gerichtshof häufig ungeordnet übermittelt.

2. Im Justizverwaltungsbereich:

a) EDV/Büroautomation:

Aufgrund der Ergebnisse eines im Feber 1985 vorgelegten Gutachtens eines auswärtigen Beratungsunternehmens, das ein Konzept für die stufenweise Einführung eines umfassenden Bürocom-

- 11 -

putersystems im Verfassungsgerichtshof für die Jahre 1985 - 1988/89 zum Gegenstand hatte, realisierte der Verfassungsgerichtshof im Oktober 1985 (nach gemeinsam mit dem Verwaltungsgerichtshof durchgeführtem Ausschreibungsverfahren) die erste Ausbauphase dieses Systems. Diese beschränkte sich auf den Bereich der Textverarbeitung und bestand im wesentlichen im Ersatz der bisher in Verwendung stehenden, veralteten Schreibautomaten durch ein aus einer Zentraleinheit, vier Bildschirmen und zwei Druckern bestehendes Mehrplatzsystem, das im Haus Jordangasse 9 (dieses ist mit, wenngleich unzureichend dimensionierten Möglichkeiten für eine ADV-Verrohrung ausgestattet) installiert wurde. Es handelt sich dabei um eine Probeinstallation des Bestbieters für diese erste Ausbauphase auf Mietbasis. Eine endgültige Systementscheidung kann erst getroffen werden, sobald die folgenden Probleme einer Klärung zugeführt sind:

Für die weiteren Ausbauphasen des Projektes "Büroautomation" ist der Einsatz von Datenendgeräten auch im Haus Judenplatz 11 vorgesehen, in dem eine Verkabelung für ADV-Zwecke im benötigten Umfang äußerst kostenintensiv wäre. Aus Gründen der Kostenersparnis und über Anregung des Bundesministeriums für Bauten und Technik, das sich außerstande erklärte, im Jahr 1985 dem Verfassungsgerichtshof die für eine Verkabelung des Altbaues erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, wurde daher ins Auge gefaßt, für die hausinterne Datenübertragung die im Jahre 1986 zu installierende digitale Telefonnebenstellenanlage heranzuziehen. Diese Entscheidung bedingte zum einen, daß die endgültige Entscheidung für ein bestimmtes Bürocomputersystem von der Fähigkeit zweier in Frage kommender EDV-Hersteller zum Datentransport über die konkrete zu beschaffende Nebenstellenanlage abhängig gemacht werden mußte (die diese im Rahmen eines Tests im Jahre 1986 beweisen müssen), und zum anderen eine Verzögerung der Einleitung des Ausschreibungsverfahrens der Telefonanlage durch die Bundesbaudirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, weil die EDV-Hersteller ihre Anforderungen an die Nebenstellenanlage der ausschreibenden Stelle

- 12 -

gegenüber präzisieren mußten, was naturgemäß erst nach ihrer Ermittlung als Best- und Zweitbestbieter geschehen konnte. Die termingerechte Realisierung der weiteren Ausbauphasen wird daher vom Installationstermin der digitalen Telefonnebenstellenanlage abhängen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß der vorliegende Bericht samt Anlagen und Statistik erstmals zur Gänze ADV-unterstützt erstellt wurde.

b) Automation der Entscheidungsdokumentation:

Die in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgerichtshof und dem Obersten Gerichtshof unter der Koordination des Bundeskanzleramtes 1983 begonnenen Arbeiten wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Es ist zu erwarten, daß im Jahr 1986 in diesem Bereich wesentliche Fortschritte erzielt werden.

c) Sonstiges

Im Zuge der Beschaffung eines Teiles der Amtsausstattung für die Räumlichkeiten des Verfassungsgerichtshofes im Haus Jordangasse 9 hat sich die Einrichtung einer eigenen Amtswirtschaftsstelle für den Gerichtshof außerordentlich bewährt.

Im Laufe des Jahres 1985 wurde das Haus Jordangasse 9 sukzessive von Mitarbeitern des Verfassungsgerichtshofes bezogen.

- 13 -

V. Internationale Beziehungen:

Im Berichtsjahr 1985 zeigte sich der Verfassungsgerichtshof bestrebt, die bereits bestehenden Kontakte zu europäischen und außereuropäischen Höchstgerichten zu vertiefen.

So hielt sich der Präsident des italienischen Verfassungsgerichtes von 12. bis 15. Februar 1985 auf Einladung des Verfassungsgerichtshofes zu einem offiziellen Besuch in Wien auf.

Weitere Kontakte wurden mit dem Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland, dem Supreme Court der Vereinigten Staaten sowie den Höchstgerichten einiger Staaten der USA gepflogen.

Wien, am 21. März 1986

Der Präsident:

A d a m o v i c h

1. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1985

	Am 1.1.1985								erledigt wurden im Jahre 1985 in														Am 31.12. 1985 ins- gesamt anhängig	Davon zur Normen- prüfung unter- brochen
	an- hängig aus 1978	an- hängig aus 1979	an- hängig aus 1980	an- hängig aus 1981	an- hängig aus 1982	an- hängig aus 1983	an- hängig aus 1984	ins- ge- samt	neu anhängig aus 1985	Öffentlicher Sitzung							nichtöffentlicher Sitzung							
									statt- gegeben	abge- wie- sen	zu- rück- ge- wiesen	ein- ge- stellt	statt- gegeben	abge- wie- sen	zu- rück- ge- wiesen	ein- ge- stellt	Behand- lung obge- leiht 1 ^a	Behand- lung obge- leiht 2 ^a	Behand- lung obge- leiht 1.2 ^a	amts- wegige Strei- chung	ins- ge- samt erledigt			
Vermögensrechtliche Ansprüche nach Art. 137 B-VG (A)	0	0	2	0	5	31	12	50	46	1	0	0	0	2	20	2	21	0	0	0	2	57	39	14
Meinungsverschiedenheiten mit dem Rechnungshof nach Art. 126 a B-VG (KR)	0	0	0	0	1	1	0	2	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	2	0	0
Kompetenzkonflikte nach Art. 138 Abs. 1 B-VG (K I)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Kompetenzfeststellungen nach Art. 138 Abs. 2 B-VG (K II)	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Prüfungen von Verordnungen nach Art. 139 B-VG (V)	0	2	1	0	10	29	31	73	72 ¹⁾	14	6	1	0	16	22	43	2	0	0	0	1	105	40	0
Prüfungen von Gesetzen nach Art. 140 B-VG (G)	0	1	2	2	5	18	59	87	262 ²⁾	120	59	0	0	11	2	83	3	0	0	0	27	305	44	0
Wahlanfechtungen nach Art. 141 B-VG (W I)	0	0	0	0	0	0	2	2	20	0	0	0	0	0	2	6	0	0	0	0	0	8	14	0
Anträge auf Mandatsverluste nach Art. 141 B-VG (W II)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Volksbegehren - Anfechtung nach Art. 141 B-VG (W III)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anklage gegen oberste Organe des Bundes und der Landesverwaltung nach Art. 142 und 143 B-VG (E)	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Beschwerden nach Art. 144 B-VG (B)	4	22	72	59	118	260	692	1227	957 ³⁾	20	23	2	0	159	192	184	60	337	162	200	36	1375	809	150
Beschwerden wegen Völkerrechtsverletzungen nach Art. 145 B-VG (UVÖ)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	4	25	77	61	139	340	797	1443	1358	157	88	3	0	180	247	318	86	337	162	200	63	1053 ⁴⁾	940	164

- 1* Ablehnungen der Behandlung der Beschwerde, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat (Tatbestand 1 des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984)
- 2* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde, weil von der Entscheidung die Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage nicht zu erwarten ist (Tatbestand 2 des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984)
- 1,2* Ablehnung der Behandlung der Beschwerde aus beiden Tatbeständen des Art. 144 Abs. 2 B-VG idF BGBl 296/1984
- 1) Hievon entfallen 25 auf Individualanträge, 40 auf amtswegige Prüfungen, 3 auf Anträge des Verwaltungsgerichtshofes; 4 Anträge entfallen auf ordentliche Gerichte
- 2) Hievon entfallen 73 auf Individualanträge, 139 auf amtswegige Prüfungen, 49 auf Anträge des Verwaltungsgerichtshofes; 1 Antrag entfällt auf ordentliche Gerichte
- 3) Davon entfallen 37 auf Beschwerden gegen in Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gesetzte Verwaltungsakte
- 4) Davon entfallen 93 Normenprüfungen auf Bundesgesetze, 81 auf Landesgesetze
- * in öffentlicher Sitzung 247, in nichtöffentlicher Sitzung 1535

2. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1985

Aufgliederung der im Jahre 1985 angefallenen
Verfahren nach Art. 140 B-VG

ABGB	2
Abgabenexekutionsordnung	3
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	8
Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz	1
Arbeiterkammergesetz	1
Arbeitslosenversicherungsgesetz	1
ASVG	4
Atomsperrgesetz	1
Bauordnung für Wien	9
Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz	1
Biersteuergesetz	1
Bundesabgabenordnung	8
Einkommensteuergesetz	6
Exekutionsordnung	5
Familienausgleichsgesetz	13
Feuerwehrgesetz Salzburg	1
Finanzausgleichsgesetz	1
Finanzstrafgesetz	1
Fischereigesetz NÖ	1
Fremdenpolizeigesetz	16
Gebührengesetz	4

Gemeindewahlordnung Salzburg	3
Gewerbeordnung	1
Gewerbsteuergesetz	1
Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	1
Grunderwerbssteuergesetz	1
Grundverkehrsgesetz Tirol	54
Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz	7
Ingenieurkammergesetz	1
Kraftfahrgesetz	21
Körperschaftssteuergesetz	7
Kunsthochschul-Studiengesetz	1
Landesverfassung Niederösterreich	1
Lebensmittelgesetz	3
Mediengesetz	1
MietrechtsG	1
Mineralölgesetz	1
Naturschutzgesetz Kärnten	1
Naturschutzgesetz Tirol	2
Parkometergesetz Wien	4
Pensionsordnung der Beamten der Stadt Wien	1
Raumordnungsgesetz Steiermark	1
Schaumweinsteuergesetz	1
Städterneuerungsgesetz Wien	1
StärkeerzeugungsabgabenG	1
Strafprozeßordnung	2
Straßenverkehrsordnung	1
Tabaksteuergesetz	1
Umsatzsteuergesetz	5

Verfassungsgerichtshofgesetz	2
Vergnügungssteuergesetz-Novelle	1
Verwaltungsgerichtshofgesetz	2
Wahlordnung für Statutarstädte Niederösterreich	1
Wr. LG vom 30.6.1982 über die Einhebung einer Abgabe auf unvermietete Wohnungen	1
Weingesetz	1
Wohnungseigentumsgesetz	2
ZPO	4

3. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1985

Aufgliederung der im Jahre 1985 angefallenen Verfahren nach Art. 139 B-VG

BMBT, VO vom 10.11.1981, betreffend Bestimmung des Straßenverlaufes der A 10 Tauern Autobahn	5
BMBT, VO vom 14.12.1984, betreffend Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung	2
BMHGI, VO vom 11.5.1973, BGBl. 276/1973 idF BGBl. 95/1976	1
BMHGI, VO vom 1.7.1983, betreffend Preisbe- stimmung für Milch	1
BMHGI, VO vom 30.7.1984, betreffend Preisbe- stimmung für Milch	1
BMHGI, VO vom 15.2.1985 betreffend die Preis- bestimmung für Zucker	1
BMJ, Erlaß vom 25.8.1960 betreffend Unter- stützungsbeitrag für Rechtspraktikanten	1
BMLF, VO vom 2.8.1982	5
BMSV, VO vom 8.5.1956, BGBl. 105/1956	5
BMUK, VO vom 24.6.1974, betreffend Schulordnung	1
Flächenwidmungs- und Bebauungspläne:	
Altmünster	1
Andelsbach	1
Wien	1
Leonding	3
Lehen/Liefering-Süd	1
Gemeinde Andelsbach, VO AZ 610-1	1

- 2 -

Gemeinde Groß Wilfersdorf, KanalabgabenO vom 27.11.1981	1
Gemeinde Oberdorf, VO vom 1.2.1985	1
Gemeinde Wöllersdorf-Steinabrückl, VO vom 3.10.1984	1
Gemeinderat der Stadt Salzburg, VO vom 21.10.1983, betreffend 22. Änderung des Flächenwidmungsplanes	1
Kammertag, Statut der Wohlfahrtseinrichtungen der Bundesingenieurkammer vom 30.6.1970	1
Kärntner Landesregierung, Wiederverlautbarung des Ktn. LandschaftsschutzG	1
Kärntner Landesregierung, VO vom 13.11.1978, LGB1. 102/1979	1
Kreisgerichtliches Gefangenenhaus St. Pölten Anstaltsverfügung Nr. 23/81	1
Landeshauptmann von Steiermark, VO vom 28.11.1979, LGB1. 90/1979	1
Landeshauptmann von Vorarlberg, VO vom 24.1.1983 betreffend Festsetzung von Betriebszeiten für Schifflistickmaschinen	1
Landeshauptmann von Vorarlberg, VO vom 16.3.1983 betreffend Festsetzung von Betriebszeiten für Schifflistickmaschinen	1
Landeshauptstadt Graz, Kundmachung des Bürgermeisters vom 23.6.1981 über Kanalisationsbeiträge	1
Marktgemeinde Eichgraben, VO vom 24.3.1982 betreffend Erhebung von Wasserversorgungs- abgaben	10
Marktgemeinde Stainz, Gemeinderatsbeschuß vom 6.5.1985 iVm dem Beschuß des Gemeindevorstandes vom 8.5.1985	1
Niederösterreichische Landesregierung, Beschuß vom 11.4.1967, GZ I/8-17/90-I	2

- 3 -

Niederösterreichische Landesregierung, VO vom 21.1.1984, betreffend die Bereitstellung von Schulärzten an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen	1
Präsidialausschuß des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, Beschluß vom 28.5.1979 betreffend Richtlinien über die Befreiung von der Rezeptgebühr	1
Stadtgemeinde Krems, VO vom 5.4.1968	1
Stadtsenat der Stadt Graz, VO vom 9.9.1981 betreffend beschränktes Halte- und Parkverbot	2
Stadtsenat der Stadt Wien, Beschluß vom 24.7.1956 betreffend Abänderung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes	1
Steiermärkische Tierkörperverwertungsverordnung, LGBl. 90/1979	3
Vieh- und Fleischkommission, 12. und 19. öffentliche Bekanntmachung betreffend Festsetzung des Importausgleichs	2

4. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes über seine Tätigkeit im Jahre 1985

Belangte Behörden im Beschwerdeanfall 1985

Abgabenberufungskommission Wien	16
Ausschuß der RAK Wien, NÖ und Bgld	2
Bezirksgericht Feldkirch	1
Bezirkshauptmannschaft Bruck/Mur	1
Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung	1
Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf	27
Bezirkshauptmannschaft Horn	2
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck	1
Bezirkshauptmannschaft Mattersburg	1
Bezirkshauptmannschaft Melk	1
Bezirkshauptmannschaft Oberwart	1
Bundeskammer der Tierärzte	1
Bundesminister für Bauten und Technik	12
Bundesminister für Finanzen	6
Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz	14
Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie	6
Bundesminister für Inneres	19
Bundesminister für Justiz	14
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft	9
Bundesminister für Landesverteidigung	4
Bundesminister für soziale Verwaltung	5
Bundesminister für Unterricht und Kunst	3

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	13
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung	9
Bundespolizeidirektion Linz	1
Bundespolizeidirektion Innsbruck	4
Bundespolizeidirektion Klagenfurt	1
Bundespolizeidirektion Salzburg	1
Bundespolizeidirektion Wien	24
Berufungskommission in Bausachen Innsbruck	2
Berufungskommission in Disziplinarsachen der LH Wien	1
Berufungssenat der Stadt Wien	2
Beschwerdeausschuß der steiermärkischen Ärztekammer	16
Beschwerdeausschuß der Vorarlberger Ärztekammer	1
Beschwerdesenat des Ehrengerichtes Salzburger Jägerschaft	1
Bezirkswahlbehörde Tamsweg	3
Bezirkswahlbehörde Tulln	2
Bundesentschädigungskommission BMF	2
Bundeskanzler	1
Bundesschiedskommission gem. § 346 ASVG	4
Disziplinarcommission beim BMF	1
Disziplinarcommission beim BMI	1
Disziplinarcommission beim Bundeskanzleramt	1
Disziplinarcommission der Ärztekammer, BMF	1
Disziplinarcommission der Berufsoffiziere, BMLV	1
Disziplinarsenat beim BMG	1
Einigungsamt St. Pölten	1
FLD Kärnten	4
FLD Oberösterreich	8
FLD Salzburg	5

FLD Steiermark	15
FLD Tirol	7
FLD Wien, NÖ und Bgld.	53
Gemeinde Sittersdorf	1
Gemeinde St. Gilgen	1
Gemeinderat Graz	11
Gemeinderat Melk	1
Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung Wien	1
Gefangenenhaus Klagenfurt	1
Gendarmeriepostenkommando Bad Gleichenberg	1
Geschwornengericht Korneuburg	1
Getreidewirtschaftsfonds	7
Grundverkehrssenat Vorarlberg	1
Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes	2
Landesregierung Burgenland	2
Landesregierung Kärnten	37
Landesregierung Niederösterreich	22
Landesregierung Oberösterreich	22
Landesregierung Salzburg	11
Landesregierung Steiermark	2
Landesregierung Tirol	25
Landesregierung Vorarlberg	10
Landesregierung Wien	16
Landesarbeitsamt Burgenland	2
Landesarbeitsamt Niederösterreich	2
Landesarbeitsamt Oberösterreich	2
Landesarbeitsamt Steiermark	1
Landesarbeitsamt Tirol	1

Landesarbeitsamt Wien	5
Landesagrarsenat Niederösterreich	6
Landesagrarsenat Oberösterreich	6
Landesagrarsenat Steiermark	1
Landesagrarsenat Tirol	8
Landesagrarsenat Vorarlberg	1
Landesagrarsenat Wien	1
Landesgericht Eisenstadt	1
Landesgrundverkehrsbehörde NÖ	1
Landesgrundverkehrsbehörde Tirol	12
Landesgrundverkehrskommission Niederösterreich	3
Landesgrundverkehrskommission Oberösterreich	1
Landeshauptmann von Burgenland	3
Landeshauptmann von Kärnten	3
Landeshauptmann von Niederösterreich	1
Landeshauptmann von Oberösterreich	4
Landeshauptmann von Salzburg	5
Landeshauptmann von Steiermark	2
Landeshauptmann von Tirol	7
Landeshauptmann von Vorarlberg	5
Landeshauptmann von Wien	12
Magistrat Graz	1
Magistrat Salzburg	2
Magistrat Wien	5
Militärkommando Wien	1
Milchwirtschaftsfonds	1
Landesverband Niederösterreich	1
Oberster Agrarsenat beim BMLF	3

Oberste Berufungskommission und Disziplinarcommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter	10
Oberlandesgericht Wien	1
Österreichische Botschaft in Bonn	1
Österreichische Botschaft in Washington	1
Österreichisches Patentamt	10
Präsident Kreisgericht Korneuburg	4
Präsident Kreisgericht Leoben	1
Präsident Landesgericht Graz	8
Präsident Landesgericht Linz	3
Präsident Landesgericht Salzburg	1
Präsident Landesgericht Wien	1
Rechtsanwaltskammer Wien, NÖ und Bgld.	2
Sicherheitsdirektion Oberösterreich	4
Sicherheitsdirektion Steiermark	1
Sicherheitsdirektion Tirol	1
Sicherheitsdirektion Vorarlberg	11
Sicherheitsdirektion Wien	2
Schiedskommission für Sozialhilfekosten bei der Vorarlberger Landesregierung	2
Stadtsenat Innsbruck	4
Stadtsenat St. Pölten	1
Steiermärkische Ärztekammer	1
Strafvollzugsanstalt Stein	1
Volksanwaltschaft	1
Verwaltungsgerichtshof	1
Wiener Bauoberbehörde	11
Zollamt Feldkirch	1
Zivildienstoberkommission beim BMI	60

5. Beilage zum Bericht des Verfassungsgerichtshofes
über seine Tätigkeit im Jahre 1985

Normen, deren Anwendung Grundlage der im Jahre
1985 eingebrachten Beschwerden nach Art. 144 B-VG war

Abgabenexekutionsordnung	1
ABGB	12
Agrarbehördengesetz	1
Agrarverfahrensgesetz	2
Amtshaftungsgesetz	1
Apothekengesetz	12
Apothekerkammergesetz	1
Arbeitslosenversicherungsgesetz	16
Arbeitsverfassungsgesetz	3
Arbeitszeitgesetz	1
Ärztegesetz	5
ASVG	11
AVG	32
Bundesabgabenordnung	20
Bauordnung Wien	12
Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979	12
Beitrags- und Umlagenordnung der Ärztekammer für Stmk	7
Betriebsordnung für den nichtlinienmäßigen Personen- Verkehr	1
Bewertungsänderungsgesetz	1

Bewertungsgesetz	1
BMBT, VO vom 20.4.1978 (Langenloiser Straße)	1
BMBT, VO vom 12.4.1985 (Stadterneuerungs VO 1984)	1
BMI, VO vom 2.11.1981 über Art, Umfang und Dauer des Grundlehrganges für Zivildienstleistende	1
BMLV, Erl vom 30.7.1981 idF vom 28.6.1982	1
BMSV, VO gem Art VII (2) 8 d NachtschichtschwerarbG	1
BMWK, Erl betreffend Begabtenstipendium	1
BRWO	1
Bundespersönalvertretungsgesetz	2
Bauernsozialversicherungsgesetz	4
Bundesstraßengesetz	12
Burgenländische GemeindeverwaltungsabgabenVO	1
Burgenländisches Jagdgesetz	1
Burgenländisches Weinbaugesetz	1
Denkmalschutzgesetz	1
Dienstordnung der Beamten der Bundeshauptstadt Wien	1
Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter	7
EGVG	4
Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz	1
Einkommensteuergesetz	23
Entschädigungsgesetz CSSR	1
Familienlastenausgleichsgesetz	1
Fernsprechordnung	1
Finanzstrafgesetz	10
Flüchtlingengesetz	8
Fremdenpolizeigesetz	19
Gebührenanspruchsgesetz	1

Gebührengesetz	7
Geflügelwirtschaftsgesetz	3
Gehaltsgesetz	11
Gelegenheitsverkehrsgesetz	2
Gesetz über die Gerichtspraxis der nicht im richterlichen Vorbereitungsdienst stehenden Rechtspraktikanten	1
Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande vom 28.5.1929	2
Heeresdisziplinargesetz	1
Hochschülerschaftsgesetz	7
Ingenieurkammergesetz	4
Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz	9
Invalideneinstellungsgesetz	1
Kapitalverkehrssteuergesetz	1
Kärntner Fischereigesetz	1
Kärntner Fremdenverkehrsgesetz	2
Kärntner Gemeindekanalisationsgesetz	2
Kärntner Gemeindeordnung	2
Kärntner Jagdgesetz	1
Kärntner Minderheitenschulgesetz	1
Kärntner Vergnügungssteuergesetz	1
Kärntner Wald- und Weideservitutengesetz	1
Kraftfahrgesetz	7
Konvention über die Rechtsstellung für Flüchtlinge	6
Kraftfahrzeugsteuergesetz	3
Körperschaftssteuergesetz	2
Kreditwesengesetz	1
Krankenanstaltengesetz	1

Landeshauptmann von Niederösterreich, VO über die Festsetzung der Gebühren für die Abholung und unschädliche Beseitigung der Kadaver, Konfiskate und tierischen Abfälle vom 27.6.1975	1
Landeshauptstadt Innsbruck, Stadtrecht	1
Landeshauptstadt Klagenfurt, VO des Gemeinderates betreffend Kanalanschlußbeitrag vom 18.11.1970	1
Landeslehrer-Dienstgesetz	1
Lebensmittelgesetz	9
Luftfahrtgesetz	3
Mediengesetz	4
Mietrechtsgesetz	2
MOG	9
Nachtschicht-SchwerarbeitsG	2
Nebengebühreuzulagengesetz	1
Niederösterreichische Bauordnung	10
Niederösterreichisches Camping- und Jugendlagergesetz	1
Niederösterreichisches Flurverfassungs-Landesgesetz	6
Niederösterreichisches Forstausführungs-Landesgesetz	1
Niederösterreichische Gemeindeordnung	1
Niederösterreichische Gemeindewahlordnung	3
Niederösterreichisches Gemeindewasserleitungsgesetz	1
Niederösterreichisches Grundverkehrsgesetz	4
Niederösterreichisches Landesstraßengesetz	2
Niederösterreichisches Naturschutzgesetz	5
Niederösterreichisches Raumordnungsgesetz	6
Oberösterreichisches Abfallgesetz	3
Oberösterreichische Bauordnung	3
Oberösterreichisches Fischereigesetz	2

Oberösterreichisches Flurverfassungs-Landesgesetz	4
Oberösterreichisches Gemeindebedienstetengesetz	1
Oberösterreichisches Grundverkehrsgesetz	1
Oberösterreichisches Interessentenbeiträgegesetz	1
Oberösterreichisches Landesstraßenverwaltungsgesetz	1
Oberösterreichischer Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz	1
Oberösterreichisches Naturschutzgesetz	2
Oberösterreichisches Raumordnungsgesetz	1
Paßgesetz	5
Patentgesetz	8
Pensionsgesetz	6
Personenstandsgesetz	1
Postgesetz	3
Privatschulgesetz	1
Rechtsanwaltsordnung	6
Richterdienstgesetz	7
Rundfunkgesetz	2
Salzburger Bebauungsgrundlagengesetz	1
Salzburger Benützungsgebührengesetz	1
Salzburger Berg- und Naturwachtordnung	1
Salzburger Feuerwehrgesetz	1
Salzburger Fremdenverkehrsförderungsgesetz	1
Salzburger Jagdgesetz	6
Salzburger Krankenanstaltenordnung	2
Salzburger Raumordnungsgesetz	1
Steiermärkisches Schischulgesetz	1
Schauspielergesetz	1
Schulorganisationsgesetz	1

Schulunterrichtsgesetz	1
Staatsbürgerschaftsgesetz	2
Staatsvertrag von Wien	2
Steiermärkische Bauordnung	3
Steiermärkisches Landesstraßen-Verwaltungsgesetz	1
Steueramnestiegesetz	1
Strafprozeßordnung	6
Strafvollzugsgesetz	8
Strahlenschutzgesetz	1
Straßenverkehrsordnung	27
Tierärztegesetz	1
Tiroler Alpschutzgesetz	1
Tiroler Bauordnung	13
Tiroler Bezügegesetz	1
Tiroler Campingplatzgesetz	1
Tiroler Fischereigesetz	1
Tiroler Flurverfassungslandesgesetz	4
Tiroler Fremdenverkehrsgesetz	2
Tiroler Gemeindeordnung	1
Tiroler Grundverkehrsgesetz	29
Tiroler Güter- und Seilwege-Landesgesetz	2
Tiroler Jagdgesetz	1
Tiroler Landesabgabenordnung	1
Tiroler Landesstraßengesetz	4
Tiroler Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz	1
Tiroler Raumordnungsgesetz	7
Tiroler Sozialhilfegesetz	1
Tiroler Stadtkern- und Ortsbildschutzgesetz	1

Tiroler Wald- und Weideservitutengesetz	2
Umsatzsteuergesetz	17
Urlaubsgesetz	1
Vermessungsgesetz	1
Versammlungsgesetz	2
Verwaltungsakademiegesetz	1
Viehwirtschaftsgesetz	1
Volksgruppengesetz	1
Vorarlberger Baugesetz	2
Vorarlberger Gemeindegesetz	2
Vorarlberger Grundverkehrsgesetz	3
Vorarlberger Kanalisationsgesetz	3
Vorarlberger Kriegsopferabgabengesetz	1
Vorarlberger Landschaftsschutzgesetz	1
Vorarlberger Raumplanungsgesetz	1
Vorarlberger Sittenpolizeigesetz	2
Vorarlberger Sozialhilfegesetz	2
Vorarlberger Wasserversorgungsgesetz	1
Verwaltungsstrafgesetz	15
Waffengebrauchsgesetz	1
Waffengesetz	2
Wasserrechtsgesetz	6
Wehrgesetz	2
Wertzollgesetz	1
Wiener Abgabenordnung	1
Wiener Anzeigen- und Abgabengesetz	1
Wiener Garagengesetz	2
Wiener Gebrauchsabgabengesetz	4

Wiener Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz	1
Wiener Landwirtschaftliches Siedlungsgesetz	1
Wiener Parkometergesetz	2
Wiener Veranstaltungsgesetz	2
Wiener Vergnügungssteuergesetz	3
Wiener Versteigerungsabgabengesetz	3
Wohnhauswiederaufbaugesetz	2
Zivildienstgesetz	67
Ziviltechnikergesetz	2
Zollgesetz	3
Zustellgesetz	2